

Mitteilungen

FOLGE 197
JULI 2010

GERECHTIGKEIT NACH DIKTATUR UND KRIEG

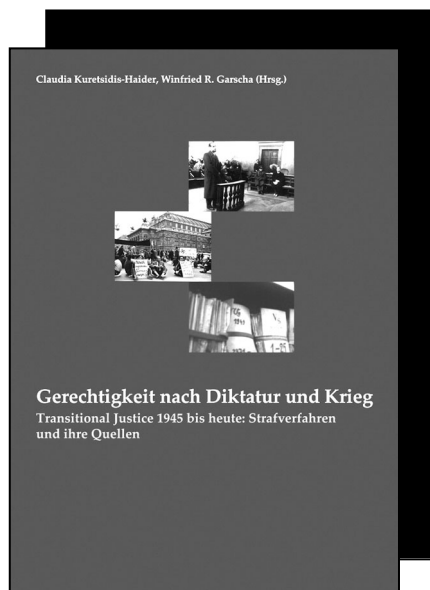
Entnazifizierung, Nachkriegsprozesse und „Wiedergutmachung“ als *Transitional Justice*

Claudia Kuretsidis-Haider / Winfried R. Garscha

Am 26. Juni 1945 verabschiedete die Provisorische Regierung das österreichische „Kriegsverbrechergesetz“, auf dessen Grundlage gemeinsam mit dem Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 die österreichische Justiz NS-Verbrechen ahnden konnte. Seit den frühen 1990er Jahren gehört die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Volksgerichtsprozessen 1945–1955 zu den Forschungsschwerpunkten des DÖW. Seit 2001 nimmt eine eigenständige wissenschaftliche Einrichtung, die Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW, diesen Arbeitsbereich wahr.

Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha gehören dem MitarbeiterInnenstab des DÖW an und leiten gemeinsam die Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Eine von ihnen jüngst herausgegebene Publikation, die am 24. Juni im Wiener Landesgericht vorgestellt wurde, geht der Frage nach, wie Gesellschaften mit Verbrechen umgehen, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung staatlich angeordnet oder geduldet wurden, und ob es heute noch Sinn macht, Gerichtsprozesse wegen NS-Verbrechen zu führen.

Der Begriff *Transitional Justice* wird seit Ende der 1990er Jahre in der englischsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur, insbesondere in den USA und Nord-europa, und seit einigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum verwendet. Dem Begriff liegt die Mehrfachbedeutung von *Justice* („Justiz“ – „Recht“ – „Gerechtigkeit“) zugrunde. Er bezeichnet alle Formen des Umgangs mit massenhaften Gewalttaten (also insbesondere Kriegen und Bürgerkriegen) und Menschenrechtsverletzungen, denen es ein Anliegen ist, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg umfasst aber nicht nur die Verfolgung von Straftaten und die Entschädigung der Opfer bzw. die Rückstellung geraubter Güter, sie hat immer auch mit Wahrheit zu tun: Eine der Aufgaben der großen Gerichtsverfahren – sei es das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, der Eichmann-Prozess in Jerusalem oder die UNO-Tribunale wegen der Verbrechen in Ruanda und Jugoslawien – war es auch, die Dimension der begangenen Untaten zweifelsfrei festzustellen und die dafür Verantwortlichen öffentlich zu benennen. Eine weitere Form öffentlicher Genugtuung für die Opfer ist es, ihr Leiden nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – sei es durch die Errichtung von Denkmälern und Gedenktafeln, sei es durch öffentliche Veranstaltungen und künstlerische Darstellungen.



Claudia Kuretsidis-Haider
Winfried R. Garscha
(Hrsg.)

Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg

Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen

Veröffentlichungen der Zentralen
österreichischen Forschungsstelle
Nachkriegsjustiz, Band 3

Clio 2010, 220 Seiten, EUR 22,-

ISBN 978-3-902542-17-5

Bestellung: verlag@clio-graz.net

Entnazifizierung als erster umfassender Versuch von *Transitional Justice*

Nach 1945 sahen die Alliierten als zentrales Erfordernis für die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und die „Bewältigung“ von NS-Unrecht nicht nur den Sturz der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an, sondern auch die Entfernung der Nazis aus Schlüsselpositionen in Verwaltung, Wirtschaft und Bildungswesen. Für diesen Vorgang wurde der Be-

griff „Entnazifizierung“ geprägt. In einem weiteren Sinne bezeichnete er nicht nur administrative Maßnahmen wie den Austausch von Eliten und die Stigmatisierung von ehemaligen NS-Mitgliedern (Berufsverbote, Strafsteuern, Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte), sondern auch „Wiedergutmachung“ für die Opfer und Bestrafung der Täter. Der Begriff „Entnazifizierung“ selbst weist in die Vergangenheit (weil er sich ja auf die gestürzte NS-Diktatur bezieht). Das macht ihn nur für eine historisch kurz bemessene Epoche

verwendbar. Führt man sich die den diversen Entnazifizierungsmaßnahmen zugrunde liegenden Zukunftsvorstellungen – in erster Linie Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Demokratie – vor Augen, so behalten sie unabhängig von ihrem konkreten historischen Bezugsrahmen Gültigkeit: jede Gesellschaft steht am Ende von Diktatur und Krieg vor der Aufgabe der „Bewältigung“ vergangenen Unrechts. Aus dieser Sicht stellen „Entnazifizierung“, Nachkriegsprozesse und „Wiedergutmachung“ den ersten umfassenden Versuch von *Transitional Justice* in der europäischen Geschichte dar.

Die Bedeutung des österreichischen „Kriegsverbrechergesetzes“ vom 26. Juni 1945

Für die Provisorische Regierung des Jahres 1945 stellte die Bestrafung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen eine große Herausforderung dar, da – wie Justizstaatssekretär Josef Gerö mehrfach betonte – das geltende Strafrecht nicht für Verbrechen dieser Dimension gemacht worden war. Die Diskussionen in der Regierung mündeten schließlich in einen Gesetzestext, der in mehreren Bereichen juristisches Neuland betrat: Das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 26. Juni 1945 enthielt teilweise Formulierungen, wie sie unter anderem auch in dem mehrere Wochen später von den Alliierten beschlossenen Londoner Statut für das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zu finden waren. Das beweist, dass es offensichtlich nach dem Sieg über Hitler-Deutschland einen Konsens unter demokratischen Juristen gab, dass dem Schutz der Menschenrechte größte Bedeutung eingeräumt werden musste – selbst wenn mit der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein zentraler juristischer Grundsatz, nämlich das Rückwirkungsverbot, teilweise außer Kraft gesetzt wurde. Eine Bestimmung, die sich *nur* im österreichischen Kriegsverbrechergesetz fand, war die Bestrafung von Verletzungen der Menschenwürde. Damit wurde die Würde des/der Einzelnen erstmals zu einem strafrechtlich schützenswerten Rechtsgut.

Die Bedeutung der Strafjustiz

Die Methoden zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg sind vielfältiger geworden und umfassen auch die Einrichtung von *Wahrheits- und Versöhnungskommissionen* nach südafri-

Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW

Das DÖW, das bei der Dokumentation von NS-Verbrechen in der Reihe *Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern* Akten der Volksgerichtsprozesse 1945 bis 1955 benutzte, machte in den frühen 1990er Jahren die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Quellengattung zu einem ihrer Forschungsschwerpunkte.

1993 bis 1998 wurden am DÖW zwei vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanzierte Forschungsprojekte zum Thema Nachkriegsjustiz durchgeführt, deren wichtigstes Ergebnis die Gründung einer eigenständigen wissenschaftlichen Einrichtung, der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW, war, die vom damaligen Bundesminister für Justiz, Nikolaus Michalek, im Rahmen eines Festakts im Österreichischen Staatsarchiv der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Schwerpunkte der Tätigkeit der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz im letzten Jahrzehnt waren die NS-Prozesse in Österreich und der Vergleich der Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich mit anderen Ländern. Die Dokumentierung der Akten dieser Prozesse bezweckt auch, die Bestrafung von Kriegs- und Humanitätsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil des europäischen Rechtskulturerbes ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, zur Sicherung der dabei angelegten Justizdokumente beizutragen und die Erfahrungen mit dieser frühen Form von *Transitional Justice* in die gegenwärtige Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen einzubringen.

Neben der Dokumentation von Justizakten werden wissenschaftliche Forschungsprojekte und Konferenzen durchgeführt. Die wichtigsten Projekte bisher sind:

- *Justiz und NS-Gewaltverbrechen in Österreich*, 2002 bis 2006 gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und dem Institut für österreichische Rechtsgeschichte und europäische Rechtsentwicklung der Universität Graz durchgeführt. Die Ergebnisse des Projekts wurden 2006 in dem von Thomas Albrich, Winfried R. Garscha und Martin F. Polaschek herausgegebenen Sammelband *Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht – Der Fall Österreich* publiziert.
- *Der Komplex Lublin-Majdanek und die österreichische Justiz*, Laufzeit 2009/2010. Die Ergebnisse werden am 28. und 29. Oktober 2010 auf einer internationalen Konferenz in Wien evaluiert und im Juni 2011, zum 30. Jahrestag der Urteilsverkündung im Düsseldorfer „Majdanek-Prozess“, präsentiert.

Mehr zur FStN:

Winfried R. Garscha / Claudia Kuretsidis-Haider, Die Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, in: *Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (hrsg. v. DÖW), Wien 2008, S. 171–178 (als PDF auf der Website des DÖW: www.doew.at/publikationen/wuv/45jahre/kuretsidis_garscha_publ2008.pdf).

Regelmäßige Informationen im Internet: www.nachkriegsjustiz.at

Publikationen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Clio, Graz

Bd. 1: Heimo Halbrainer / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), *Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag* (2007)

Bd. 2: Claudia Kuretsidis-Haider, Heimo Halbrainer, Elisabeth Ebner (Hrsg.), *Mit dem Tode bestraft. Historische und rechtspolitische Aspekte zur Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert und der Kampf um ihre weltweite Abschaffung* (2008)

Bd. 3: Claudia Kuretsidis-Haider, Winfried R. Garscha (Hrsg.), *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen* (2010)

Österreichische Justizgeschichte im Studien Verlag, Innsbruck–Wien–Bozen, hrsg. von Thomas Albrich, Winfried R. Garscha, Martin F. Polaschek

Bd.1: Thomas Albrich / Winfried R. Garscha / Martin F. Polaschek (Hrsg.) *Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht. Der Fall Österreich* (2006)

Bd. 2: Claudia Kuretsidis-Haider, „Das Volk sitzt zu Gericht“. *Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954* (2006)

kanischem Vorbild oder die *Lustration* (die rituelle „Reinigung“ durch ein Sühneopfer) in ehemals kommunistisch regierten Staaten, womit von Personen, die ein öffentliches Amt anstreben, die Offenlegung ihrer Kontakte zum Staatssicherheitsdienst verlangt wird. Aber trotz der Breite des Begriffs ist die zentrale Rolle der Justiz in allen Formen von *Transitional Justice* erhalten geblieben. Die Verheimlichung relevanter Fakten im Zuge der *Lustration*, ein ungenügendes Geständnis vor einer *Wahrheits- und Versöhnungskommission* haben strafrechtliche Konsequenzen; und Auseinandersetzungen um die Restitution geraubter Vermögenswerte während der NS-Zeit beschäftigen bis heute die Gerichte.

Diesem (straf-)rechtlichen Aspekt von *Transitional Justice* widmet sich die 1998 eingerichtete Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW (siehe Kasten, S. 2). Er war auch Schwerpunkt der Fachtagung *Nachkriegsprozesse als Bestandteil von Transitional Justice und als Impulsgeber für die NS-Forschung*, die aus Anlass des zehnjährigen Bestands der Forschungsstelle am 28. November 2008 im Bundesministerium für Justiz stattfand. Am Vorabend wurde von

einem international besetzten Podium die Frage *Wozu heute noch justizielle Verfolgung von NS-Tätern?* diskutiert. Die Ergebnisse der beiden Veranstaltungen liegen nun in einen Band mit dem Titel *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen* vor.

Neue Publikation zu *Transitional Justice* 1945 bis heute

Die Publikation gliedert sich in vier Abschnitte: Allgemeine Fragestellungen (aus historischer und juristischer Sicht) zu den Methoden der Wiederherstellung von Gerechtigkeit in Nachkriegs- bzw. Nach-Diktatur-Gesellschaften werden in den einleitenden Beiträgen von Wolfgang Form (Marburg/Lahn), Otto Triffterer (Salzburg), Astrid Reisinger Coracini (Graz), Peter Steinbach (Marburg) und Wolfram Pyta (Stuttgart) behandelt. Otto Triffterer und Astrid Reisinger Coracini (deren Beitrag durch eine Auflistung der wichtigsten einschlägigen Prozesse ergänzt ist) gehen dabei auch der Frage nach der aktuellen völkerrechtlichen Relevanz dieser Fragestellungen nach.

Im zweiten Abschnitt beleuchten die Beiträge von Witold Kulesza (Lodz), Martin F. Polaschek (Graz) und Klaus Marxen (Berlin) am Beispiel von Polen, der DDR und von Südkorea Aspekte der Rechtsfortbildung in Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht. Dem gegenüber steht der dritte Abschnitt *Verweigerte Gerechtigkeit*: Hermann Frank Meyer (der kurz nach der Konferenz verstarb), Stefan Klemp (Münster) und Efraim Zuroff (Jerusalem) legen die aus ihrer Sicht völlig unzulängliche justizielle Ahndung von NS-Verbrechen durch die deutsche und österreichische Justiz dar – als Beispiel für die Grenzen des justiziellen Umganges mit Kriegs- und Humanitätsverbrechen.

Es sind vor allem die Justizakten, aus denen Lehren aus vergangenen Prozessen für die Gegenwart hinsichtlich des Umganges mit schwersten Menschheitsverbrechen gezogen werden können. Den Aspekt der nötigen Quellenkritik sowie das Potential des Gerichtsakts als Geschichtsquelle behandeln Joachim Riedel (Ludwigsburg), Lorenz Mikoletzky (Wien) und Dick de Mildt (Amsterdam) in ihren Beiträgen im vierten Abschnitt *Vom schwierigen Umgang mit den Quellen*.

1938–2008: Legacies and Lessons in post-war Austria

Im Zuge einer Vortragsreihe 2008/2009 in London – veranstaltet von der Österreichischen Botschaft London in Kooperation mit der Wiener Library und dem Österreichischen Kulturforum London – haben österreichische ExpertInnen Forschungsergebnisse zur NS- und Nachkriegsgeschichte Österreichs präsentiert.

Die Texte (englisch) wurden nun auf Initiative von Botschafterin i. R. Dr. Gabriele Matzner-Holzer in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten als PDF auf der Website des DÖW veröffentlicht:

www.doew.at/post-war_austria.html

Brigitte Bailer-Galanda,
*Aspects of Austria's dealing with her
National Socialist past. The
Documentation Centre of Austrian
Resistance in Vienna (DOEW) in post-
war Austria*

Winfried R. Garscha,
*An attempt at justice: NS-trials in
Austria after 1945*

Clemens Jabloner,
*The legacy of Nazi-expropriation in
Austria: the impact of the Historical
Commission on research and restitution*

Helmut Konrad,
*Righteous and courageous in the face of
Nazism: Austrian Resistance against
the Nazis. Myths and realities*

Hannah Lessing
*Reaching out to the victims and comba-
ting anti-Semitism: the Austrian
National Fund and the ITF on
Holocaust Education*

Anton Pelinka
*Changing minds and political institu-
tions: political development in Austria
since 1945*

WIR GRATULIEREN

Der Steyrer Widerstandskämpfer Max **Petek**, Stv. Landesvorsitzender des KZ-Verbands/VdA OÖ, erhielt das *Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich*.

Renee **Wiener**, die als Jüdin 1938 nach Frankreich flüchtete und dort in der Résistance aktiv war, wurde von der Republik Frankreich mit dem Verdienstorden *Légion d'Honneur* (im Rang eines Commandeurs) ausgezeichnet.

Die Dissertation von Peter **Pirker** („*Most difficult to tackle*“: *Der britische Kriegsgeheimdienst Special Operations Executive und Österreich*), 2009 mit dem *Herbert-Steiner-Anerkennungspreis* gewürdigt, wurde vom Arbeitskreis Deutsche Englandforschung (ADEF) des Großbritannien-Zentrums der Humboldt-Universität Berlin als beste Dissertation zum Thema britische Politik, Geschichte Großbritanniens und des Empires bzw. Commonwealth im deutschen Sprachraum mit dem *ADEF-Dissertationspreis* ausgezeichnet.

Gedenken in Wien

Im Auftrag von KÖR Kunst im öffentlichen Raum Wien in Kooperation mit der Stadt Wien (MA 42 – Stadtgartenamt) wurde im Jänner 2010 ein Wettbewerb für die Gestaltung eines Mahnmals an der Stelle des im Zuge des Novemberpogroms zerstörten **Turnertempels** (Ecke Turnergasse/Dingelstedtgasse, 1150 Wien) ausgeschrieben. Zielsetzung war es, einen Gedächtnisort zu schaffen, der an die Geschichte des Tempels und seine Bedeutung für die jüdischen BewohnerInnen der Gemeinde sowie an seine Zerstörung erinnert. Gleichzeitig sollte der Platz damit wieder – als eine Schnittstelle zwischen Vergangenheit und Zukunft – zum Ort der Begegnung werden.

Am 2. Juni 2010 wurde vom Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny das Siegerprojekt des Teams Auböck + Kárász & Lobnig/Andraschek vorgestellt. Die Fertigstellung ist für Herbst 2011 geplant.

Bis 31. Juli 2010 erinnert die Ausstellung *Servitengasse 1938. Spuren in der Nachbarschaft* an die **462 vertriebenen und ermordeten Juden und Jüdinnen aus der Servitengasse** (Galerie FORTUNA, Bergg. 21, 1090 Wien, Mo–Fr 9.00–18.00 Uhr). Parallel dazu findet eine Plakatausstellung in einzelnen Geschäften der Servitengasse statt.

Ein Gedenksymbol Ecke Servitengasse/Grünentorgasse – der *Schlüssel gegen das Vergessen* – macht seit April 2008 die 462 Namen der Juden und Jüdinnen, die in der Servitengasse wohnten, arbeiteten, Geschäfte führten oder Häuser besaßen, sichtbar. Ebenfalls in diesem Jahr erschien die 2. Auflage der von Birgit Johler und Maria Fritsche herausgegebenen Publikation *1938. Adresse: Servitengasse. Eine Nachbarschaft auf Spurensuche*.

Am 26. Mai 2010 wurde das **Mahnmal zum Gedenken an die Zwangsarbeiter 1938–1945 in der Donaustadt** (Tanklager Lobau, Lobgrundgasse/Ecke Raffineriestraße, 1220 Wien) enthüllt. Es erinnert an hunderte ZwangsarbeiterInnen, die während der NS-Herrschaft in der Ölindustrie, für den Bau des Donau-Oder-Kanals und im Stadtgut Lobau eingesetzt wurden. Anlässlich der feierlichen Enthüllung sprach die wissenschaftliche Leiterin des DÖW Brigitte Bailer-Galanda zum Thema *Zwangsarbeit in Konzentrationslagern*. Die Feierlichkeiten waren eingebunden in

Henryk Horowitz (1912–2010)

Henryk Horowitz, ältester ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, starb am 3. Mai 2010 im 98. Lebensjahr.

Am 13. Juli 1912 in Krakau geboren, studierte Henryk Horowitz Chemie in Berlin und Paris. Nach seiner Rückkehr 1939 nach Krakau geriet er nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen Ende September 1939 in Kriegsgefangenschaft und wurde in der Folge als Chemiker in der Roten Armee eingesetzt. 1945–1947 war er ebenfalls als Chemiker in der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands tätig, anschließend wurde er in die UdSSR zurückberufen.

1993 übersiedelte Henryk Horowitz mit seiner russischen Frau nach Wien. Von 1999 bis 2009 war er als ehrenamtlicher Mitarbeiter im DÖW aktiv, wo er insbesondere mit Übersetzungen aus dem Polnischen und Russischen befasst war.

Ernst Kattor (1915–2010)

Ernst Kattor, ehemaliger Widerstandskämpfer und 2002–2009 ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, starb am 2. Mai 2010 im 96. Lebensjahr.

Ernst Kattor wurde am 1. Jänner 1915 in Wien geboren. 1934–1938 befand er sich, u. a. im Anhaltelager Wöllersdorf, insgesamt über ein Jahr wegen kommunistischer Betätigung in Haft. Nach der Okkupation Österreichs flüchtete er im Juli 1938 nach Frankreich. Dort war Ernst Kattor ab 1939 in mehreren Lagern interniert. 1941 wurde er über Saarbrücken nach Wien überstellt, wo er am 5. August 1941 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst wurde. Ein gegen ihn beim Volksgerichtshof anhängiges Ermittlungsverfahren wurde im September 1941 eingestellt und seine Entlassung aus der Haft am 2. Oktober 1941 verfügt. In der Folge wurde er zur Deutschen Wehrmacht eingezogen.

1950 heiratete er Hildegard Delle Karth, ebenfalls eine Widerstandskämpferin, die im Jänner 1943 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Im DÖW war Ernst Kattor ab 2002 im Arbeitsbereich Bibliothek tätig und unterstützte dort die Arbeiten der Zeitungsausschnittsammlung.

die **1. Donaustädter „Geh-denk“-Wanderung**, die ihren Ausgangspunkt beim Gedenkstein Ecke Silberergasse/Rosenbergstraße hatte. Letzterer erinnert an die über 65.000 Holocaustopfer in Österreich. Auf Initiative der Stadt Wien und der Israelitischen Kultusgemeinde Wien wurde 1987 mit der Pflanzung eines Gedenkwaldes begonnen.

Webausstellung über NS-Zwangsarbeit

Vielfältige Dokumente sowie Audioaufnahmen und Videoausschnitte aus zeitgenössischen Dokumentarfilmen über die Zwangsarbeit der tschechischen Bevölkerung des damaligen „Protektorats Böhmen und Mähren“ für die NS-Kriegswirtschaft präsentiert seit Ende Mai 2010 die Web-

ausstellung *Sie arbeiteten für das Reich*: web.nacr.cz/zw/de/index.htm.

Das Tschechische Nationalarchiv ist seit 2008 Träger des Projektes *Zwangseinsatz der tschechischen Bevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren in der Zeit der NS-Besatzung*, das aus der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft unterstützt wird. Das wichtigste Ergebnis dieses Projektes wird eine kritische wissenschaftliche Dokumentensammlung zu der gegebenen Thematik sein. Die nun präsentierte Webausstellung stellt Faksimile einiger grundlegender Schriftstücke dar, die in der vorbereiteten Dokumentensammlung veröffentlicht werden sollen, aber auch eine Reihe von anderen Quellen amtlicher und nicht amtlicher Herkunft.

Schwerpunkt der Ausstellung ist der Zeitraum von 1939 bis 1945, dokumentiert werden aber auch die Problematik der Rückkehr der ZwangsarbeiterInnen nach dem Krieg in die Heimat, die Bestrafung

der für die Zwangsarbeit verantwortlichen Personen, die wissenschaftliche und populärisierende Bearbeitung dieses Themas einschließlich der Reflexion in Nachkriegsliteratur und -film sowie die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen aus deutschen und österreichischen finanziellen Mitteln im letzten Jahrzehnt.

Fast eine Million in- und ausländische Arbeitskräfte waren während des Krieges allein auf österreichischem Gebiet als ZwangsarbeiterInnen eingesetzt.

Sommer-Universität Ravensbrück 2010

Unter dem Titel *Bildersprachen. Künstlerische Produktion in Lagern und Ghettos 1933–1945* findet vom 29. August bis 3. September 2010 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück die 6. Europäische Sommer-Universität Ravensbrück statt. Die diesjährige Sommer-Universität ist drei Schwerpunkten gewidmet: Es geht um die Bedingungen künstlerischer Arbeiten im Lager, um die ikonographischen Traditionen wie auch um die Rezeption und Kanonbildung in der Nachkriegszeit. Diskutiert werden die Phänomene auch unter geschlechterhistorischen Gesichtspunkten.

Information/Programm:

www.ravensbrueck.de/mgr/deutsch/home/index.htm.

Kontakt:

Andrea Genest (genest@ravensbrueck.de)

Ferdinand Hackl (1918–2010)

Ferdinand Hackl, ehemaliger Widerstandskämpfer und Spanienkämpfer und fast drei Jahrzehnte lang ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, starb am 10. Mai 2010 im Alter von 91 Jahren.

Am 2. Oktober 1918 in Wien geboren, schloss sich Ferdinand Hackl als Jugendlicher der Arbeiterbewegung an. Wegen kommunistischer Betätigung befand er sich 1936 mehrere Wochen in Haft. Ab 1937 kämpfte Ferdinand Hackl im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) auf Seiten der Spanischen Republik. Nach deren Niederlage folgten die Internierung in Frankreich (Saint-Cyprien, Gurs, Argelès und Les Milles) und nach der Okkupation Frankreichs Gestapohaft in Paris und ab Jänner 1941 in Wien. Ab 6. Juni 1941 war er im KZ Dachau inhaftiert. Die Befreiung 1945 erlebte er im Außenlager Fischen.

Zurück in Wien, engagierte sich Ferdinand Hackl in der KPÖ und in verschiedenen Opferorganisationen. Er gehörte seit der Gründung 1965 der Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 an. Ebenfalls mehrere Jahrzehnte war er Mitglied der Internationalen Lagergemeinschaft Dachau und Schriftführer der österreichischen Lagergemeinschaft Dachau. Nach seiner Pensionierung Ende 1978 war Ferdinand Hackl viele Jahre im DÖW tätig, bis sein Gesundheitszustand Ende 2006 ein regelmäßiges Kommen nicht mehr erlaubte. Im DÖW stand er bei vielen Führungen durch die Ausstellung als Zeitzeuge zur Verfügung und war insbesondere im Arbeitsbereich Archiv (Akteneinbau, Ordnen von Nachlässen) tätig.

Teile von Ferdinand Hackls Biographie wurden vom österreichischen Schriftsteller Erich Hackl literarisch aufgearbeitet, der ihm die erste Erzählung in seinem Buch *Anprobieren eines Vaters. Geschichten und Erwägungen* (2004) widmete. Wenige Jahre später stellte Elfriede Thiem ihre Diplomarbeit *Ferdinand Hackl – Biographie eines österreichischen Widerstandskämpfers* fertig (Universität Wien, 2008).

Die Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik gedachte Ferdinand Hackls am 22. Mai 2010 mit einer Kranzniederlegung beim Denkmal für die österreichischen Spanienkämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof. Das DÖW veranstaltete gemeinsam mit der Vereinigung der österreichischen Spanienkämpfer, der KPÖ, dem KZ-Verband und der KZ-Gemeinschaft Dachau am 10. Juni 2010 eine Gedenkfeier für Ferdinand Hackl im Veranstaltungszentrum des DÖW.

NEUES VON GANZ RECHTS

Zur Zeit und die Kriegsschuld

In Andreas Mölzers Wochenblatt *Zur Zeit* (17/2010, S. 19) findet sich eine Apologie Nazideutschlands: In einer von Johanna Christina Grund verfassten Besprechung von Helmut Schröckes *Der Zweite Weltkrieg* ist zu lesen, dass „der Krieg hauptsächlich von London und Washington betrieben wurde, um ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland, noch dazu unter diktatorischer Staatsführung, zu verhindern“. Hitler wird als bloß „Getriebener“ vorgestellt, „rundum von gierigen Mächten eingekesselt“. Das im rechtsextremen *Grabert-Verlag* erschienene „revisionistische“ Buch, mit dessen Inhalten man sich angesichts der österreichischen Rechtslage

nicht vollständig identifizieren will, sei eine Entlarvung der Nachkriegspolitik, „wo durch Umerziehung gelenkte politische Aktionisten und selbstgerecht moralisierende Amtlinge eine verfälschte Wirklichkeit des Zweiten Weltkrieges mit Hilfe der Justiz durchsetzen“.

Antimuslimische Kundgebung in Linz

Im Online-Netzwerk *Facebook* kündigt eine von derzeit 13.739 Personen virtuell unterstützte Gruppe mit dem Namen *JA!! zu: Österreich ohne Minarette!!!* an, am Samstag, den 5. 6. 2010 in Linz eine antimuslimische Kundgebung durchführen zu

wollen. Ziel dieser Gruppe ist es, mit „möglichst vielen Mitstreitern überparteilich und konfessionsneutral im Sinne der Schweizer Entscheidung aktiv zu werden“. Bei dieser „Entscheidung“ handelt es sich um die Volksabstimmung vom November 2009, als ca. 57 Prozent für eine Volksinitiative zum Verbot von Minaretten votierten. Diese Initiative wurde damals von der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) und der *Eidgenössisch-Demokratischen Union* (EDU) initiiert.

Gegründet wurde die Gruppe *JA!! zu: Österreich ohne Minarette!!!* von den Betreibern der Homepage *islam-stop.info*. Laut einer Domainabfrage ist für diese Homepage der Mitbegründer und jetzige Bundesgeneralsekretär der *Nationalen Volkspartei* (NVP), Robert Faller, verantwort-

lich. Der Verdacht erhärtet sich damit, dass es sich bei dieser antimuslimischen Gruppe zumindest um eine Vorfeldorganisation der NVP, die vom DÖW als eine offen rechtsextreme Partei mit zahlreichen Berührungspunkten zum Neonazismus charakterisiert wird, handeln könnte. Bei den letzten Landtagswahlen in Oberösterreich wurde die Kandidatur der NVP von der Wahlbehörde mit der Begründung untersagt, wonach „die Einbringung des Wahlvorschlags einschließlich der Umfeldbeurteilung [...] als Akt der Wiederbetätigung [nach dem Verbotsgesetz] zu bewerten [sei]“. Eine dagegen von der NVP eingebrachte Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof wurde abgewiesen.

Mai/Juni 2010

Freiheitlicher und neonazistischer Antisemitismus

Johann F. Balvany feiert in der aktuellen *Aula* (5/2010, S. 32) das Ende des „USraelisch gesteuerte[n] Budapester Regime[s]“ und den Wahlsieg der rechtsextremen *Jobbik*. Der *Aula*-Autor versucht den Antisemitismus, den er durchaus als Ursache für die Wende in Ungarn erkennt, zu rechtfertigen. Dabei argumentiert Balvany, der regelmäßig auch in der FPÖ-offiziellen *Neuen Freien Zeitung* schreibt, sogar mit der Legende vom angeblichen jüdischen „Ritualmord von Tiszaelár“. Einen derartig offenen Rückgriff auf antisemitische Blutbeschuldigungen vergangener Jahrhunderte, die oft am Anfang von Pogromen standen, wagte man in Österreich bis dato nur im neonazistischen Untergrund.

Nun greift das „freiheitliche Magazin“ aus Graz, dem bekanntlich auch FPÖ-Obmann Heinz Christian Strache seine Sympathie versichert, tief in die Mottenkiste des religiösen Judenhasses.

In derselben Ausgabe der *Aula* beklagt Rigolf Hennig das angebliche Einsickern „jüdische[r] Rücksiedler aus Israel in der BRD“. Er sieht bereits die Deutschen als die neuen „Palästinenser“. Dies werde seiner Meinung nach möglich

durch eine nach 1945 „weitgehend gewaschene Bevölkerung“, eine „Kanzlerin, die die Existenz der BRD am ‚Holocaust‘ festmacht“ und „Medien, Bankhäuser, Politik und Verwaltung“, die „fest in zionistischen Händen oder zumindest unter deren Einfluß“ seien. Hennig, der schon im September 2006 in der *Aula* vom Ende Israels träumte, verweist auf eine mögliche „Lösung: Väterchen Stalin richtete in seiner Weisheit schon 1928 in Ostsibirien einen Staat für die Juden friedlich ein, Birobidschan“ (ebenda, S. 33).

Hennig fordert weiters in der aktuellen Ausgabe der neonazistischen Zeitschrift *Phoenix* (2/2010) die „Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des nie untergegangenen und unverändert rechtsfähigen Deutschen Reiches“ (S. 6). Unter der Verantwortung von Walter Ochensberger heißt es im selben Heft, die „zionistische Machtelite“ hätte schon seit mehr als 100 Jahren die „Vernichtung aller Religionen“ (S. 7) geplant. Nun benützten die teuflischen „Hintergrundmächte“ die „Verfehlungen“ von „schwarzen Schafen unter den Geistlichen“, um „der katholi-

schen Glaubensgemeinschaft einen Schlag zu versetzen, von dem sie sich nicht mehr erholen soll“ (ebenda, S. 8). Insbesondere mit der Rehabilitierung der Piusbruderschaft und des den Holocaust leugnenden Bischofs Richard Williamson habe sich der Vatikan den vernichtenden Zorn des „Machtjudentum[s]“ zugezogen.

Deutsch-österreichische Kameradschaft

Laut einem Bericht des Informationsportals *blick nach rechts* ist *Aula* „Schriftleiter“ und *Zur Zeit*-Kolumnist Martin Pfeiffer Ende Mai bei der 50. Jahrestagung der rechtsextremen *Gesellschaft für freie Publizistik* (GFP) zu deren neuem Vorsitzenden gewählt worden. Bei dieser Tagung trat neben Holger Apfel, NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, unter anderen auch FPÖ-MEP Andreas Mölzer auf. Der langjährige frühere DVU-Vorsitzende Gerhard Frey, Herausgeber der *National-Zeitung*, wurde mit der „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ ausgezeichnet. Den musikalischen Teil der GFP-Tagung bestritt der Neonazi-Barde Frank Rennieke.

Neonazigruppen aufgefliegen

Wie Ende Mai dieses Jahres bekannt wurde, konnte im April eine burgenländisch-niederösterreichische Neonazigruppe ausgehoben werden. Nach längeren Ermittlungen und mehreren Hausdurchsuchungen wurden 21 Personen im Alter zwischen 17 und 38 Jahren bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt angezeigt, davon 14 wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Verbotsgesetz. Der Gruppe wird unter anderem vorgeworfen, für zahlreiche Sachbeschädigungen im nördlichen Burgenland verantwortlich zu sein. Im Zuge der Ermittlungen flog eine weitere Neonazizelle aus dem Raum Neusiedl am See auf. Drei Mitgliedern wird unter anderem Körperverletzung und Nötigung vorgeworfen. Die zahlreichen Hakenkreuzschmierereien im Raum Mattersburg und Eisenstadt seit Ende 2009 sollen laut Medienberichten jedoch andere Urheber haben. Auf der neonazistischen Site *alpen-donau* wurde im Februar dieses Jahres ein Bekenner schreiben veröffentlicht: Mit den als „Zeichen des totalen Widerstands“ bezeichneten Hakenkreuzen wollte man auf „die Systemgegnerschaft gegenüber dem herr-

Widerruf

In den DÖW-Mitteilungen 195/März 2010 sowie auf www.doew.at wurde in der Rubrik „Neues von ganz rechts“ unter der Überschrift „Antimuslimischer Rassismus und Familienidylle bei Mölzer“ ein Artikel veröffentlicht, der folgende Aussage enthielt:

Die Folgennummer hat die angebliche Krise der Familie als „Folge des real existierenden Feminismus“ (Zur Zeit 52–53/2009) zum Thema. Bei der Illustration des Schwerpunkts kam es offenbar zu einer bezeichnenden Fehlleistung (S. 15): Ein Bild zeigt den ca. zehnjährigen Adolf Hitler im Kreise seiner Familie, darunter: „Familie. Sie sollte ihren Mitglieder Geborgenheit und Schutz bieten.“

Diese Behauptung ist insoweit unrichtig, als das erwähnte Foto eine – namentlich nicht mehr bekannte – achtköpfige Familie und weder Adolf Hitler noch seine Familie bzw. Angehörige seiner Familie zeigt. Die zitierte Textpassage wird daher als unwahr widerrufen.

schenden Umvolkungsregime [...] aufmerksam [...] machen“.

Neonazitreff vor Schließung?

Ein im März dieses Jahres im oberösterreichischen Desselbrunn gegründeter „Freizeit- und Kulturverein“ mit dem unverständlichen Namen *Objekt 21* sorgt aufgrund seines neonazistischen Hintergrundes für Aufregung. Insbesondere das Engagement von Jürgen Windhofer, zu-

letzt führender Aktivist im *Kampfverband Oberdonau*, ist dazu angetan, im vereins-eigenen, mit einschlägiger Symbolik ausgeschmückten Klublokal einen neuen Neonazitreff zu vermuten. Der amtsbekannte Neonazi, der seine *Facebook*-Seite bis vor Kurzem mit Hakenkreuzen verzierte, wird in Zeitungsberichten als der „heimliche Chef“ des Vereins bezeichnet. Laut Vereinsregister steht *Objekt 21* Manuel Spindler vor, weitere organschaftliche Vertreter sind u. a. Alexander Mittermair und Bernd Hacker. Ein für

Mitte Mai im Klublokal geplantes Konzert musste abgesagt oder an einen anderen Ort verlegt werden, da der Termin an die Öffentlichkeit gesickert war. Nachdem die Tageszeitung *Kurier* sämtliche Beweise für zahlreiche mutmaßliche Verstöße gegen Abzeichen- und Verbotsgesetz dem oberösterreichischen Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung übermittelt hatte, wurden dort Ermittlungen aufgenommen. Das Klublokal sei laut Landesamt jedoch schon länger unter Beobachtung gestanden.

REZENSIONEN

Mayer, Gregor, Bernhard Odehnal: *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. St. Pölten–Salzburg: Residenz Verlag 2010. 297 S.*

Rechtsextreme Entwicklungen in europäischen Ländern finden auch in den Medien eine gewisse Aufmerksamkeit. Dies gilt allerdings mehr für die west- und weniger für die osteuropäischen Länder. Noch schlechter steht es um kompakte Informationen in Buchform. Umso erfreulicher ist daher das Erscheinen einer Arbeit zum Thema. Die beiden österreichischen Journalisten Gregor Mayer und Bernhard Odehnal informieren in *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa* über die extreme Rechte in einigen der dortigen Länder. Dies geschieht auf Basis von Recherchen vor Ort: Mayer/Odehnal beobachteten die martialischen Aufmärsche, führten Interviews mit Funktionsträgern und Mitläufern, werteten Flugblätter, Internet-Einstellungen, Redetexte und Videoclips aus. Damit wollen sie Feindbilder, Ideologien, Strukturen und Wirkung einer politischen Bewegung beschreiben, welche mit nationalistischen und rassistischen, antisemitischen und romafeindlichen Positionen in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken will.

Das Buch gliedert sich in sechs große Kapitel in Form von Länderstudien: Darin geht es um die unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien. Hierzu gehört der parteipolitische Bereich etwa mit *Ataka* in Bulgarien oder *Jobbik* in Ungarn. Es geht aber auch um den kulturellen Transport einschlägigen Gedankenguts, wofür die Ausführungen über den Sänger Thompson („das singende Maschi-

nengewehr“) in Kroatien stehen. Außerdem gehören der Antisemitismus der Kirche anhand des Falls Velimirovic in Serbien und die Morde an Angehörigen der Roma in Ungarn zu den Themen des Buchs. Die Autoren beschränken sich aber nicht nur auf die Darstellung der aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Da deren Agitation häufig Bezug auf bestimmte Ereignisse der Landesgeschichte nimmt, kann sie auch nur im Lichte von einschlägigen Kenntnissen verstanden werden. Auch hierzu liefern die einzelnen Kapitel die relevanten Informationen.

Mayer/Odehnal resümieren: „Die neuen Rechtsextremen in den neuen Mitgliedstaaten und Mitgliedsanwärtern der EU haben einiges gemeinsam: Sie treten selbstbewusst auf und sie treten besonders oft in der Öffentlichkeit auf. [...] Ihre Führer sind um die 30 Jahre alt, die Mitläufer sind häufig noch Teenager. [...] Die Szene passt sich Modetrends an. [...] Die Linke wird von der extremen Rechten imitiert. Besonders Tschechen und Slowaken haben diesen aus Deutschland kommenden Trend kopiert [...] Da es in osteuropäischen Ländern so gut wie keine Zuwanderung gibt, richtet sich die Aggression gegen die eigenen Minderheiten, vor allem gegen Roma (in allen Ländern), gegen Juden (besonders in Ungarn, Serbien und der Slowakei), gegen Homosexuelle (praktisch überall). [...] Anders als die Skinheads der 1990er-Jahre kommen die neuen Rechtsextremen im Osten nicht zwangsläufig aus der Unterschicht. Ihre Führer sind Studenten oder Facharbeiter, die Mitglieder der paramilitärischen Gruppen kommen oft aus der Mittelschicht.“ (S. 12 f.)

Wie diese Ausführungen schon deutlich machen, liegt ein überaus informatives Buch zum Thema vor. Es handelt sich da-

bei um ein journalistisches, nicht um ein wissenschaftliches Werk. Die reportageartige Präsentation erleichtert die Lektüre, gleichwohl fehlen Belege für die jeweiligen Ausführungen. Hier und da findet man auch kleinere Fehler bei Angaben. Dies alles schmälert aber nicht den hohen Informationswert des Bandes, mangelt es doch im deutschsprachigen Raum an einschlägigen Darstellungen zum Thema. Darüber hinaus bemühen sich die Autoren auch immer wieder, die Schilderung der aktuellen Entwicklungen in einen historisch-politischen Kontext zu stellen. Hierin liegen die unverkennbaren Stärken des Buchs. Ihm mangelt es allerdings an differenzierten Analysen und Einschätzungen zum Gefahrenpotential oder an systematischen Erörterungen oder Vergleichen – was aber auch für journalistische Werke kein absolutes „Muss“ ist. Berücksichtigt man dies, kann der Band mit großem Erkenntnisgewinn gelesen werden

Armin Pfahl-Traugher

Botsch, Gideon, Christoph Kopke: *Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte. Münster–Ulm: Klemm & Oelschläger-Verlag 2009. 120 S.*

Nach dem deutschen „Superwahljahr“ 2009 steht die NPD schlechter da als zuvor: Die erhofften Wahlerfolge sind nicht eingetreten, der Finanzskandal hat die Partei erschüttert, unschwellig bestehen weiterhin Konflikte um die richtige Strategie. Ist damit das Thema erledigt? Diese Frage verneinen die beiden Politikwissenschaftler Gideon Botsch und Christoph Kopke, Mitarbeiter des Forschungsschwerpunkts Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jü-

dische Studien in Potsdam. In ihrem Buch *Die NPD und ihr Milieu* heißt es gleich zu Beginn: „Der historische Blick zeigt: Politische Niederlagen und interne Querelen, Finanzsorgen und scharfer politischer Gegenwind haben die Entwicklung der NPD stets begleitet, ihren politischen Spielraum eng begrenzt – aber ihre Existenz letztlich nicht gefährden können.“ (S. 8) In ihrem Band wollen die Autoren auf engem Raum die gegenwärtige Entwicklung der Partei beschreiben und einschätzen.

Er setzt sich aus zwölf einzelnen Beiträgen zusammen: Zunächst geht es um theoretische Fragen wie etwa die Definition des Rechtsextremismus im Koordinatensystem des politischen Spektrums und die Unterscheidung von Erscheinungsformen und Problemdimensionen des Rechtsextremismus. Danach widmen die Autoren sich dem Verhältnis von NPD und Nationalsozialismus, zeichnen die Entwicklung der Partei in Baden-Württemberg zwischen 1968 und 1972 nach und gehen auf ihre Rolle im gegenwärtigen Rechtsextremismus in Brandenburg ein. Dem folgen Beiträge, die sich der Kommunalpolitik der NPD, dem Verhältnis zur DVU und der Bedeutung des Antisemitismus in der Partei widmen. Und schließlich stehen das Verhältnis der NPD zur Demokratie, deren ideologisches Selbstverständnis von „nationalem Sozialismus“ und die soziale

Demagogie bei wirtschaftspolitischen Fragen im Zentrum. Abschließend widmen sich die Autoren noch der Beschreibung und Einschätzung der gegenwärtigen Krise der Partei.

Zur ideologischen Ausrichtung der Partei heißt es: „Seit dem Scheitern des Verbotverfahrens lassen zahlreiche Untergliederungen und Funktionäre der NPD auf Demonstrationen und in Publikationen die frühere, offenbar überwiegend taktisch motivierte Zurückhaltung fallen und ihre positive Bezugnahme auf die NSDAP, den Nationalsozialismus und Adolf Hitler immer unverhüllter deutlich werden. In diesem Sinne steht die heutige NPD auch in der Tradition der NSDAP.“ (S. 42) Und weiter heißt es bezüglich des inhaltlichen Verständnisses von „nationalem Sozialismus“ innerhalb der Partei: „Ohne dass dies in der NPD tatsächlich programmatisch verankert wäre, und trotz unübersehbarer Unterschiede zwischen heutiger NPD und historischer NSDAP der Weimarer Republik, wird in der tagespolitischen Propaganda immer klarer deutlich, was die Forderung nach ‚nationalem Sozialismus‘ durch NPD/JN und ‚freie Kräfte‘ wirklich meint: Das Eintreten für ein System des Nationalsozialismus historischen Vorbilds.“ (S. 93)

Die meisten der einzelnen Kapitel entstanden aus zuvor gesondert publizierten Bei-

trägen in Handbüchern, Sammelbänden oder Zeitschriften. Dies macht die Vor- und Nachteile des Bandes aus: Insgesamt wirkt er dadurch fragmentarisch, fehlen doch wichtige Gesichtspunkte und Themenaspekte. So gibt es etwa einen Abschnitt zur NPD in Baden-Württemberg Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, aber keine vergleichbaren Ausführungen zur Partei in anderen Ländern und zu anderen Zeiten. Darüber hinaus werden einzelne Themen viel zu knapp behandelt: Dafür stehen etwa die Erörterungen zum Verhältnis der NPD zum Nationalsozialismus, die nur knapp vier Seiten ausmachen. Für dieses – aus unterschiedlichen Gründen – interessante Thema hätte es einer ausführlicheren Betrachtung bedurft. Gleichwohl eignet sich der schmale Band von nur 120 Seiten als Einführungs- und Überblicksdarstellung. Auch der interessante Definitionsansatz mit drei verschiedenen Dimensionen des Rechtsextremismus verdient Aufmerksamkeit und Diskussion.

Armin Pfahl-Traugber

Gebhardt, Richard, Dominik Clemens (Hrsg.): Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis. Köln: PapyRossa-Verlag 2009. 187 S.



Edith Langberg, geboren am 24. Mai 1927

Die Hilfsarbeiterin Edith Langberg aus Wien wurde nach den Nürnberger („Rassen“-)Gesetzen verfolgt. Weil sie „wiederholt die Arbeit ohne stichhaltigen Grund versäumt“ hatte, wurde sie am 4. März 1943 festgenommen. Gegen sie wurden Schutzhaft und Einweisung in ein KZ beantragt. Edith Langberg wurde nach Auschwitz deportiert. Ab 16. September 1943 war sie im KZ Ravensbrück in Haft, wo sie am 4. März 1945 umkam.

Nicht mehr anonym

Nach der jüngsten Überarbeitung und Erweiterung (Oktober 2009) enthält die Datenbank **über 4600 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien, ergänzt durch Kurzbiographien der Opfer, Auszüge aus Dokumenten etc.

www.doew.at

Die Kartei, die aus Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs stammt, wurde 2001 im DÖW gescannt und in einer Datenbank erfasst. Fehlende Fotos konnten teilweise aus den Beständen des DÖW ergänzt werden.

„Global dient dem Kapital – Sozial geht nur national“ und „Kapitalismus – Feind der Völker“ lauten zwei Parolen, die für eine Schwerpunktverlagerung der Themen rechtsextremer Agitation stehen: Nicht mehr die Erinnerung an den historischen Nationalsozialismus, sondern die Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik prägt das öffentliche Erscheinungsbild. Dabei artikuliert sich mitunter ein scharfer „Antikapitalismus“, der mit der Ablehnung von „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ von linken Auffassungen nur bei genauem Hinsehen unterscheidbar ist. Die Absichten, Hintergründe und Inhalte der damit verbundenen Agitation wollen die AutorInnen des Sammelbandes *Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis* herausarbeiten. Unter der Herausgeberschaft des Politikwissenschaftlers Dominik Clemens und des Journalisten Richard Gebhardt finden sich darin acht Beiträge, die unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchten wollen:

Kurt Heiler geht der Geschichte des politischen Kampfbegriffs „Linke Leute von rechts“ nach. Die Frage, inwieweit die NPD eine „neue“ Arbeiterpartei von rechts

ist, erörtert Dominik Clemens. Regina Wamper untersucht den Globalisierungsdiskurs im NPD-Parteiorgan *Deutsche Stimme*. Die *Autonomen Nationalisten* als moderne Form des Neonazismus werden von Michael Klarmann analysiert. Christina Kaindl sieht in der neoliberalen Mobilisierung des Individuums einen Resonanzraum für den „Antikapitalismus von rechts“. Gewerkschaftliche Gegenstrategien gegen die soziale Demagogie der extremen Rechten behandelt Sabine Hüther. Marcus Meier sieht in einer verkürzten Kapitalismuskritik diskursive Anschlusspotentiale für Antisemitismus und Rechtsextremismus. Und schließlich fragt Richard Gebhardt, inwieweit man überhaupt von einem „Antikapitalismus“ von rechts sprechen kann. Den Texten ist ein Geleitwort von Annelie Buntenbach als Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB vorangestellt.

Bilanzierend heißt es: „Die Beiträge [...] haben gezeigt, dass der ‚Antikapitalismus von rechts‘ seine – unverhüllt antisemitisch vorgetragene – Kritik lediglich gegen die *Zirkulationssphäre* des Geldes, auf den Zins und das Spekulationskapital richtet. Sein Denken bewegt sich in den Grenzen der nationalsozialistischen Angriffe gegen das ‚raffende Kapital‘. Seine Gegnerschaft richtet sich gegen *ausländische Kapitalfraktionen*; ‚Volk‘ und ‚Nation‘ werden dabei zum Schutzwall gegen die ‚kosmopolitische Produktionsweise‘ (Marx/Engels). Statt einer systematischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise bietet er bloße *Personalisierungen* [...] von Machtverhältnissen an. Konsequenz der vom Geiste des historischen Faschismus inspirierten Verklärung der Großkollektive ‚Volk‘ und ‚Nation‘ ist die Negierung des Individuums und der Menschenrechte. Die Sehnsucht nach ökonomischer Autarkie [...] wird begleitet von Forderungen nach einer repressiven Ausgrenzung von Migranten und sonstigen ‚Minderheiten‘.“ (S. 182 f.)

Wie die Argumentation und Wortwahl schon vermuten lässt, zieht sich durch viele Texte ein traditionelles Marxismusverständnis, das mitunter allzu einfach und stereotyp die „soziale Demagogie“ von Rechtsextremisten als eine Art ideologischen Betrug im Interesse des Kapitals deutet. Insbesondere in den Beiträgen von Gebhardt und Heiler findet man derartige Auffassungen. Ersterer bemerkt etwa: Die Frontstellung des „Antikapitalismus von rechts“ gegen den transnationalen Kapitalismus sei nutzbar „für den Expansionsdrang des nationalstaatlich formierten Kapitals“. (S. 176) Dem stehen aber auch dif-

ferenzierte Analysen gegenüber. Meier betont – allerdings auch aus der Perspektive des sicheren Wissens über die richtige Kapitalismuskritik – die Anschlussfähigkeit verkürzter Kapitalismuskritik gegenüber dem Rechtsextremismus. Wamper macht etwa deutlich, dass die sozialpolitische Agitation der Rechtsextremisten kein Trick sei, denn: „Völkischer Antikapitalismus ist [...] – historisch wie aktuell – zentral für extrem rechte Ideologiebildung.“ (S. 67)

Armin Pfahl-Traugher

Schwarz-Friesel, Monika, Evyatar Friesel, Jehuda Reinharz (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte. Berlin: Walter de Gruyter-Verlag 2010. 254 S.

Antisemitismus findet man nicht nur bei Randgruppen wie Rechtsextremisten, sondern zunehmend auch wieder in der Mitte der Gesellschaft. Diese Beobachtung motivierte die Durchführung eines internationalen Symposiums zum Thema, das im April 2009 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand. Nun liegen die dort gehaltenen Vorträge in Form von wissenschaftlichen Aufsätzen in einem Sammelband mit dem Titel *Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte* vor. Im Vorwort bemerken die Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel und die Historiker Evyatar Friesel und Jehuda Reinharz, sie wollten damit dem „Neuen“ am „Neuen Antisemitismus“ nachspüren: Dieses bestehe darin, dass man erstens Judenfeindschaft nicht mehr nur bei Rechtsextremisten ausmachen könne, zweitens Israel als dessen primäre Projektionsfläche diene und drittens die Hemmschwelle zur öffentlichen Artikulation des Antisemitismus gesunken sei (vgl. S. 3).

Die elf Beiträge widmen sich den unterschiedlichsten Schwerpunkten: Wolfgang Benz und Monika Schwarz-Friesel analysieren jeweils gesondert Briefe an jüdische Einrichtungen als Ausdrucksformen des alltäglichen Antisemitismus und Samuel Salzborn präsentiert die Ergebnisse einer qualitativen Studie zu antisemitischen Schuldprojektionen. Antizionismus und Israelkritik bei der deutschen Linken bzw. der Verbal-Antisemitismus in aktuellen Leserbriefen stehen bei Martin Kloke bzw. Holger Braune im Zentrum des Interesses. Esther Schapira und Georg M. Hafner gehen auf die Medienberichterstattung zum Nahostkonflikt und Robert Beyer und Eva Leuschner auf antisemitische Äußerungs-

formen in TV-Diskursen ein. Vergleiche des Antisemitismus in Deutschland und Großbritannien bzw. den USA ziehen danach Helga Embacher und Margit Reiter bzw. Jehuda Reinharz. Und schließlich geht es bei Evyatar Friesel um aktuelle Judeophobie von einzelnen jüdischen Intellektuellen und bei Andreas Zick um den aktuellen Antisemitismus im Spiegel von Umfragen.

Im Vorwort bemerken die HerausgeberInnen: „Der Antisemitismus heute kommt [...] ‚von unten‘, aus der Mitte der Bevölkerung und wird gerade gegen die offizielle und öffentliche Haltung der Bundesregierung populistisch kommuniziert und als eine Art ‚außerparlamentarischer Widerstand‘ konzeptualisiert und instrumentalisiert. Es gibt aber eindeutige Indikatoren dafür, dass dieser ‚subversive‘ und bislang primär privat kommunizierte Antisemitismus die öffentliche Diskursebene erreicht hat und dort auf ein hohes Maß an Akzeptanz bzw. Gleichgültigkeit stößt. Die Tabuisierung antisemitischer Äußerungen ist in unserer Gesellschaft auf ein auffallend niedriges Niveau gesunken. Bestimmte Typen von Antisemitismus, die bisher fast ausschließlich im rechtsextremistischen Sprachgebrauch vorkamen und in der Regel öffentlich sanktioniert wurden, haben sich mittlerweile auf nahezu allen Ebenen der Gesellschaft im öffentlichen Kommunikationsraum ausgebreitet [...].“ (S. 4)

Die AutorInnen nehmen in ihren Analysen keineswegs eine pauschale Gleichsetzung von Antisemitismus und Israel-Kritik vor. Schon zu Beginn formuliert man dazu auch Kriterien zur Unterscheidung von „Anti-Israelismus“ und „Israel-Kritik“ (vgl. S. 5). Innovativ wirken auch die sprachanalytischen Untersuchungen, welche Diskurse bezüglich des Bedeutungsinhalts und der Subbotschaften kritisch betrachten. Hier und da wäre aber auch zu bedenken: Nicht jede einseitige, schiefe und wirklichkeitsfremde Israel-Kritik muss antisemitisch motiviert sein. Häufig spielt auch das schlichte Nicht-Wissen um die Komplexität des Nahostkonflikts und das Sicherheitsinteresse des Staates eine wichtige Rolle. Hier bedarf es sicherlich immer wieder einer genauen Analyse der eigentlichen Motive für die jeweiligen Behauptungen. Zu einschlägigen Diskussionen und Reflexionen laden alle Beiträge immer wieder ein, wofür auch die Texte zur Agitation israelfeindlicher Positionen durch jüdische Intellektuelle oder zu Medienberichten über Israel Ansatzpunkte liefern.

Armin Pfahl-Traugher

Schäfer, Peter: Judenhass und Judenfurcht. Die Entstehung des Antisemitismus in der Antike. Frankfurt/M.: Verlag der Weltreligionen 2010. 443 S.

Lässt sich der Antisemitismus aus einer verzerrten Wahrnehmung der Juden erklären? Oder handelte es sich dabei nur um den ideologischen Ausdruck für politische Konflikte? Oder sollten nicht eher beide Perspektiven in einem Wechselverhältnis zueinander zur Analyse genutzt werden? Und schließlich: Kann man schon für die Antike von Antisemitismus im heutigen Sinne sprechen? Diese Fragen motivierten Peter Schäfer, der als Professor für Judentum an der Universität Princeton lehrt, zu seiner Abhandlung *Judenhass und Judenfurcht. Die Entstehung des Antisemitismus in der Antike*. In ihrem Zentrum steht die Analyse von zwei Ereignissen in der Antike: die Zerstörung des jüdischen Tempels in der ägyptischen Militärsiedlung auf der Nilinsel Elephantine 410 vor und die Ausschreitungen gegen Juden in der griechischen Stadt Alexandria 38 nach der Zeitrechnung. Beide Ereignisse, so Schäfer, demonstrierten die bedeutenden Strukturen und Ursachen des Antisemitismus im seinerzeitigen Kontext.

Die Studie gliedert sich in drei große Teile: Zunächst geht es um die Hauptmotive und -themen in der griechisch-römischen Literatur der Antike in Bezug auf Juden und Judentum, wobei neben dem Monotheismus der Juden Aspekte wie die Ent-

haltung von Schweinefleisch, die Feier des Sabbat als Ruhetag, die Beschneidung als religiös legitimierter Brauch und die Frage der jüdischen Missionsabsicht im Zentrum stehen. Danach findet sich ein Überblick über die historische Quellenlage zu den beiden genannten historischen Vorfällen, die bezüglich der Fragestellung der Arbeit als herausragende Ereignisse gelten. Der Autor will dabei übrigens keine neuen Erkenntnisse präsentieren, beabsichtigt er doch nur eine Deutung in anderer Perspektive. Und schließlich geht es um die konkreten historisch-politischen „Konfliktherde“ Syrien-Palästina, Ägypten und Rom, welche hinsichtlich ihrer Bedeutung als „Geburtsstätte“ des Antisemitismus untersucht werden. Und schließlich fragt Schäfer nach der Angemessenheit des spezifischen Ausdrucks „Antisemitismus“ für die Antike.

Dessen Ursprung sei im hellenistischen Ägypten um 300 vor der Zeitrechnung auszumachen. Gleichwohl habe es einer griechischen Nacherzählung der alten ägyptischen Vorurteile und des griechischen Anspruchs auf eine weltweite Kultur bedurft, damit Antijudaismus in Antisemitismus umschlagen konnte. „Aber da diese griechische Nacherzählung nur in Ägypten möglich war, die spezifische Art von Hass der ägyptischen Priester auf diese spezifische Gruppe von Fremden zur Voraussetzung hatte und da sie das erste Mal unmissverständlich von dem ägyptischen Priester Manetho ausformuliert wurde, könnte man durchaus sagen, dass der Antisemitismus in Ägypten entstanden

ist und nur dort entstehen konnte. Wenn der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit/des Menschenhasses der Kern des ‚Antisemitismus‘ ist, dann kann dieser mindestens bis zum Beginn des 3. Jahrhunderts v. Chr. (Manetho und wahrscheinlich schon Hekataios) zurückverfolgt werden, wobei gewisse Wurzeln in der älteren ägyptischen Tradition liegen.“ (S. 298)

Schäfers Studie zum Antisemitismus in der Antike kommt das Verdienst zu, nach den historischen Wurzeln dieser besonderen Form einer Feindschaft gegen Menschen einer bestimmten sozialen Gruppe gefragt zu haben. Doch so interessant die Aufarbeitung des Wissens um seinerzeitige Konflikte und Umbrüche ist, so mangelt es der Studie doch an der entsprechenden analytischen Klarheit. Hierzu hätte es der Entwicklung eindeutigerer Kategorien bedurft, welche den Konflikt der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft mit der jüdischen Minderheit klarer identifizierbar machen. Ging es allgemein um eine Auseinandersetzung zwischen Gruppen mit Unterschieden in religiöser Ausrichtung oder im sozialen Status? Oder bildete sich bereits eine besondere ideologische Form der Abwertung und Feinderklärung heraus. Die benannten Aspekte „Fremdenfeindlichkeit“, „Menschenhass“ und „Verschwörungsdenken“ könnten dazu als besondere Kriterien dienen. Schäfer hätte gerade diesen Gesichtspunkt gegen Ende aber klarer und trennschärfer herausarbeiten müssen.

Armin Pfahl-Traugher

Barry McLoughlin

Österreichische Opfer des Stalinismus – Studie zur sowjetischen Besatzungspolitik

*Barry McLoughlin, Universitätsdozent am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, hat das DÖW-Projekt Biographisches Handbuch der österreichischen Opfer des Stalinismus (bis 1945) betreut, das derzeit für eine Veröffentlichung vorbereitet wird. Er rezensiert Karner, Stefan, Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.): *Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1955. Wien–München: Böhlau 2009. 676 S.**

Die umfangreiche Publikation des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgenforschung (Graz) liefert eine detaillierte Studie über die Verurteilung von österreichischen Opfern der stalinistischen Justiz im Osten Österreichs während des Kalten Krieges: In der Besatzungszeit 1945–1955 wurden ca. 2.200 Österreicher von sowjetischen Straforganen verhaftet und in die UdSSR verschleppt, wo ein Großteil zu sehr hohen Lagerstrafen (bis

zu 25 Jahren) verurteilt wurde. Bekannt ist der Fall von Margarethe Ottilinger, die, wie andere überlebende zivile Häftlinge der Sowjets, mit den letzten Heimkehrertransporten 1955 repatriiert wurde. Zwischen 100 und 200 Opfer wurden in den Jahren 1945–1953 erschossen, die Mehrheit davon in den letzten drei Jahren von Stalins Herrschaft, denn die Todesstrafe hatte man 1947–1950 in der UdSSR ausgesetzt. Die Studie besteht aus drei Teilen:

- wissenschaftliche Beiträge von AutorInnen aus Österreich und der Russischen Föderation, gefolgt von Berichten aus der Perspektive der Opferangehörigen,
- 104 Kurzbiographien der Erschossenen (1950–1953),
- ein dokumentarischer Anhang (eine statistische Analyse der Straffälle sowie Auszüge aus dem sowjetischen Strafkodex).

Eine Auflistung von Primär- und Sekundärquellen sowie Orts- und Namensregister schließen den Band ab.

Die erschütternde Lektüre ist eine akribische Untersuchung einzelner Schicksale in einem gewissen historischen Kontext: Nachkriegsösterreich, wo sich Not leidende Menschen auf ein gefährliches Spiel mit den Spionagediensten der Westalliierten einließen und großteils „Material“ an ihre Auftraggeber lieferten, das nicht selten ohnehin öffentlich zugänglich war und meistens von geringem bis mittelmäßigem Wert gewesen sein dürfte. Sieht man von den vier wegen Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilten Österreichern und zwei Rotarmisten ab, handelte es sich bei den restlichen Exekutierte überwiegend um „kleine Fische im Agentenkrieg“, die aufgrund von Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen dem finanziellen Angebot der mit wenig Skrupeln agierenden Abwehroffiziere der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht widerstehen konnten. Andererseits stand die Bestrafung (Tod durch Erschießen) durch die sowjetische Besatzungsmacht in keinem Verhältnis zu den begangenen und durchwegs zugegebenen Delikten. Die Opfer wurden verhaftet, verhört und verurteilt durch ein- und dieselbe Instanz, die Konterabwehrabteilung der Truppen des Innenministeriums (SMERSCH), die bei den sowjetischen Truppenkorps in Österreich angesiedelt waren. Die Angeklagten erhielten keinen Rechtsbeistand, waren während der Untersuchungshaft in Einzelzellen festgehalten und von der Außenwelt völlig isoliert.

Die erste Festnahme der hier behandelten Opfer erfolgte 1945, die letzte im September 1952; in den dazwischen liegenden Jahren 1950 und 1951 waren die Verhaftungszahlen mit 37 bzw. 42 am höchsten. Die letzten zwei an Österreichern vollzogenen Todesurteile wurden im Februar 1953, einen Monat vor Stalins Tod, exekutiert. Mehrfachanklagen kamen vor, aber meistens lautete die alleinige Begründung für die Todesstrafe „Spionage“ (Punkt 6 des § 58 des sowjetischen Strafbuchs): angeblich hatten 62 für die Amerikaner, 16 für Großbritannien und 13 für Frankreich spioniert.

Die verschärfte Strafpraxis der sowjetischen Besatzungsmacht hing naturgemäß von der politischen Großwetterlage ab: unmittelbar nach dem Krieg befassten sich alle alliierten Abwehrdienste mit dem Aufspüren von Kriegsverbrechern und anderen Maßnahmen der Entnazifizierung, dann mit der Überwachung von Flüchtlingen (*displaced persons*), um der Infil-

tration der Flüchtlingslager durch Agenten der Gegenseite vorzubeugen. Schließlich begann nach dem kommunistischen Putsch in der Tschechoslowakei (Februar 1948) ein „heißer Krieg“ der Geheimdienste in Österreich, der sich insbesondere nach dem Ausbruch des Korea-Krieges (Juni 1950) weiter zuspitzte. Die Kundschafter der Westalliierten, in erster Linie die „Counter Intelligence Corps“ (CIC) der Amerikaner und die Field Security Section der Engländer, interessierten sich insbesondere für folgende Themen:

- Standorte und Stärke von sowjetischen Militäreinheiten,
- sowjetisch geführte Betriebe, vor allem in der strategisch wichtigen Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV),
- Vorgänge in der KPÖ und Mitglieder derselben,
- Berichte von heimgekehrten Kriegsgefangenen über sowjetische Lager.

Die mutmaßlichen Spione wurden zuerst nach Baden bei Wien transportiert und in einem „Inneren Gefängnis“ (Schimmergasse 17) oder in den Kellern benachbarter Häuser eingesperrt. Durch intensive Verhöre erreichten die gut informierten SMERSCH-Offiziere bald ein Geständnis. Kurz darauf erfolgte das Todesurteil durch das Militärtribunal. Vom Urteil in Kenntnis gesetzt, durften die Verurteilten ein Gnadengesuch an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR richten. Der Ablehnungsbescheid – lediglich neun Fälle von Umwandlung in eine lange Lagerstrafe sind bekannt – traf etwa zwei bis drei Monate später in Baden ein, kurz darauf eine Anordnung vom Militärkollegium des Obersten Gerichts, dass das Urteil zu vollstrecken sei. Unmittelbar danach begann die Todesreise nach Moskau und endete hinter den Mauern des Butyrka-Gefängnisses, wo die Verurteilten einige Tage nach ihrer Ankunft hingerichtet wurden. Sofort nach der Hinrichtung wurden die Leichen im Krematorium des Donskoj-Friedhofes verbrannt und die Asche in einer nahe gelegenen Grube verscharrt. Dank der Initiative von Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx, ihrer russischen KollegInnen, der österreichischen Diplomatie und der Opferfamilien wurde dort im September 2008 ein Gedenkstein für die erschossenen Österreicher enthüllt – in Österreich besteht bis heute kein ähnliches Mahnmal, auch nicht für die zahlenmäßig größere Gruppe der Opfer des stalinistischen Terrors aus der Zwischenkriegszeit. Nach Stalins Ableben erhielten die Familien, wenn überhaupt,

getürkte Todesscheine mit erfundenen Todesursachen, so dass die Hinterbliebenen erst in den letzten Jahren und nicht zuletzt dank den Forschungen der Herausgeber die traurige Gewissheit über den Verlauf des jeweiligen Straffalles erhielten.

Auch wenn alle Angeschuldigten sich geständig zeigten, wurden die ihnen angelasteten „Verbrechen“ maßlos aufgebauscht. Der Kupferschmied Leo Thalhammer aus Wiener Neustadt zum Beispiel, der, obwohl „nur“ Facharbeiter in den Rax-Werken (USIA-Betrieb), angeblich den Amerikanern Details der Produktionspläne und des Produktionsausstoßes übergeben haben sollte, aber auch „russische“ Flugzeugteile, die in Wahrheit von Abbrucharbeiten in den alten Flugzeugwerken der deutschen Kriegsindustrie stammten. Ähnliche Beispiele von „low-level intelligence-gathering“ finden sich in fast jeder Biographie des Bandes, wobei der Einbruch in das Bezirksbüro Favoriten der KPÖ und der gleichfalls im Auftrag der CIC durchgeführte Diebstahl der Mitgliederkartothek (Februar 1950, drei Todesurteile) wohl die spektakulärste „aktive Maßnahme“ der antisowjetischen Agenten darstellte. Offen bleibt das Ausmaß der Involvierung der KPÖ (zwölf Opfer waren Mitglieder derselben) in die Aufspürung der Agentennetze, sei es durch kommunistisch gesinnte Exekutivbeamte („Menschenraub“), einzelne Parteimitglieder (Denunziation) oder durch einen parteieigenen „Abwehrdienst“.

Insgesamt ist das vorliegende Werk ein wertvoller Beitrag zur Geschichte Österreichs seit 1945, insbesondere zur Aufarbeitung der Kapitel Nachkriegsjustiz und sowjetische Besatzungspolitik.

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Winfried R. Garscha, Eva Kriss, Claudia Kuretsidis-Haider, Willi Lasek, Barry McLoughlin, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traughber.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien;
Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterrutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at;
Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, e-mail: office@doew.at; web: <http://www.doew.at>.)

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30
... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50
... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998 **und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-)
... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60
... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40
... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90
... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)
... Stück
- Hans Landauer, Erich Hackl, **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939,** 2. erw. Aufl., Theodor Kramer Gesellschaft 2008, 270 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-
... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-
... Stück
- Nachklang–Widerhall.** Ein Hörbuch mit Texten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Doppel-CD, edition kult-ex 2007, Ladenpr. € 14,90
... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50
... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50
... Stück
- Wolfgang Stadler, „... **Juristisch bin ich nicht zu fassen.**“ Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945–1955, LIT Verlag 2007, 397 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Erich Fein, **Die Erinnerung wach halten.** Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer, Wien 2008, 128 S., € 12,-
... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945,** Steinbauer 2008, 286 S., € 22,50
... Stück
- Bewahren – Erforschen – Vermitteln.** Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50
... Stück
- Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt.**“ **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 7, Wien 2009, 232 S., € 19,90
... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90
... Stück
- Jahrbuch 2008,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Antisemitismus, LIT Verlag 2008, 285 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2009,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, LIT Verlag 2009, 321 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2010,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, Wien 2010, 273 S., € 13,50
... Stück

Alle angegebenen Preise exklusive Versandkosten.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S